



Ungarn in Europa: Zwischen Integration und Eigenständigkeit

Thesenpapier von Bence Bauer

Sind die europäischen Debatten noch von der Bereitschaft geprägt, einander ohne Vorurteile zuzuhören – oder hallen in ihnen längst vor allem fertige Wahrheiten wider? Kaum ein Land steht so sehr im Spannungsfeld zugespitzter Deutungen wie Ungarn. Dabei ist die ungarische Politik oftmals anders als häufig angenommen und die lautesten Kritiker Ungarns könnten bei der Suche nach Rechtsstaatlichkeitsmängeln auch bei sich selbst fündig werden. Über all diesen politischen Grabenkämpfen und gegenseitigen Schuldzuweisungen steht die Diskrepanz zwischen Integrationsanspruch und Souveränitätsverständnis sowie die Grundsatzfrage: Wie viel nationale Eigenständigkeit verträgt die Europäische Union?

Ein immer wiederkehrender Streitpunkt ist dabei das ungarische Wahlrecht. Dabei ist das Wahlrecht in allen Mitgliedstaaten Ausdruck nationaler Souveränität. Auch innerhalb Deutschlands existieren unterschiedliche Regelungen, etwa zwischen Bayern und Baden-Württemberg. Ungarn versteht sein Wahlsystem als demokratisch legitimiert und bewährt. Die anhaltende Kritik daran wird in Budapest häufig als Spiegel westlicher Befindlichkeiten interpretiert – eher als Projektion politischer Stimmungslagen und weniger als faktenbasierte Analyse. Dahinter steht die grundsätzliche Forderung nach einer Debattenkultur, die eigenständiges Denken höher bewertet als die Wiederholung etablierter Narrative.

Ebenso hartnäckig hält sich das Narrativ, Ungarn oder seine Regierung seien europafeindlich eingestellt. Ein Blick auf die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament zeichnet jedoch ein anderes Bild. Mit rund 60 Prozent lag Ungarn zuletzt auf dem fünften Platz innerhalb der EU-27, nur knapp hinter Österreich mit 63 Prozent. Das spricht für ein ausgeprägtes Interesse an europäischen Fragen – sowohl auf Regierungs- als auch auf Oppositionsseite. Themen wie die Sanktionspolitik oder die Positionen von Ursula von der Leyen werden in Ungarn aufmerksam verfolgt. Differenzen in der Bewertung europäischer Maßnahmen bedeuten daher nicht zwangsläufig eine Ablehnung Europas, sondern verweisen auf unterschiedliche politische Prioritäten.

Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft stellte ihr Programm unter das Motto „Make Europe Great Again“. Dahinter steht der Anspruch, Europa als eigenständigen, starken Akteur in einer sich wandelnden Weltordnung zu positionieren. Sichtbar wurde dieser Ansatz im Juli 2024, als Ministerpräsident Viktor Orbán innerhalb weniger Tage Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dem russischen Staatschef Wladimir Putin, dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping sowie dem damaligen US-Präsidenten Joe Biden und dessen Amtsvorgänger Donald Trump führte. Ungarn verweist dabei auf belastbare diplomatische Kanäle in verschiedene Machtzentren, die – so das Argument – auch Europa insgesamt nutzen könnte, wollte es geschlossener und strategischer auftreten.

Im Sommer 2024 befand sich die US-Politik in einer Übergangsphase, Biden wurde bereits als politisch wenig gestaltungsfähig wahrgenommen. Während viele Beobachter auf eine politische Kontinuität der Demokraten setzten, kalkulierte Budapest offen mit einer möglichen Rückkehr von Donald Trump. Diese strategische Vorausschau ist Teil einer Außenpolitik, die auf Konnektivität setzt: Handel, Wirtschaft und Wissenschaft sollen auch bei ideologischen Differenzen fortgeführt werden. An die Stelle einer belehrenden Außenpolitik tritt der Versuch, Gesprächsfäden nicht abreißen zu lassen.



Grundlegend ist dabei die Frage nach dem Selbstverständnis der Europäischen Union: Ist sie eine Gemeinschaft, in der Souveränität an der Garderobe abgegeben wird oder ein Verbund von Nationalstaaten mit klar definierten Kompetenzen? Am Beispiel des Grenzschutzes wird dieser Konflikt besonders deutlich. Ungarn verweist auf Investitionen von rund zwei Milliarden Euro in den Schutz der Schengen-Außengrenzen – auch im Interesse anderer Mitgliedstaaten. Eine finanzielle Beteiligung der EU blieb jedoch aus, stattdessen wurden Strafzahlungen verhängt, die sich inzwischen auf rund 600 Millionen Euro summieren. In Budapest wird dies als Ungleichgewicht wahrgenommen.

Ähnlich kontrovers ist der Entzug von Erasmus-Mitteln, von dem sogar Studierende einer österreichischen Privatuniversität betroffen sind, wenn ein ungarischer Anteilseigner involviert ist. Kritiker sehen darin ein notwendiges Instrument zur Durchsetzung gemeinsamer Standards, Befürworter eines souveränitätsorientierten Ansatzes hingegen einen Eingriff in den freien Kapitalfluss.

Auch juristische Einzelfälle befeuern die Debatte über doppelte Maßstäbe. Während der deutsche Antifa-Aktivist Simeon T., bekannt als Maja T., wegen Gewalttaten in Budapest verurteilt wurde, zog die ebenfalls beschuldigte italienische Aktivistin Ilaria Salis für die italienischen Grünen ins Europäische Parlament ein; ihre Immunität blieb mit knapper Mehrheit bestehen. In Ungarn wird daraus die Forderung abgeleitet, Rechtsstaatlichkeit müsse unabhängig von politischer Gesinnung gelten.

All diese Beispiele verweisen auf eine tiefere Spannung innerhalb Europas. Ungarn versteht sich als engagierter Teil der Union, pocht jedoch auf nationale Handlungsspielräume. Die Europäische Union wiederum ringt um Kohärenz und gemeinsame Werte in einer Zeit geopolitischer Umbrüche. Zwischen Integration und Eigenständigkeit verläuft keine klare Trennlinie, sondern ein permanenter Aushandlungsprozess.

Die europäische Zukunft hängt davon ab, ob dieser Prozess von Gelassenheit und kritischer Selbstprüfung begleitet wird – oder von der Tendenz, Andersdenkende vorschnell zu kategorisieren. Ungarn ist in dieser Debatte Prüfstein und Akteur zugleich.